

DAS GESICHT MITTELEUROPAS SEIT DEN PARISER VORORTEVERTRÄGEN VON 1919*

Von Helmut Slapnicka

Wie kaum ein anderer Friedensvertrag haben die Pariser Vororteverträge nach dem Ersten Weltkrieg die Landkarte Ostmittel- und Südosteuropas verändert und eine Grenzziehung vorgenommen, die auch heute noch im großen und ganzen für diesen Raum bestimmend ist. Aber nur eine sehr oberflächliche Betrachtungsweise könnte daraus folgern, daß 1945 die Ordnung von 1919 wiederhergestellt wurde, daß der Ausgang des Zweiten Weltkrieges das Ergebnis des Ersten bestätigte, daß die Ideen der Friedensmacher von 1919 die gleichen waren wie die, von denen die Männer beherrscht wurden, die 1945 und 1946 das Antlitz Europas neu formten.

Der Erste Weltkrieg hat mit der Verdrängung des zaristischen Rußland aus der europäischen Politik, mit der Niederringung des kaiserlichen Deutschland, der Entfernung der Türkei aus Europa, vor allem aber mit der Zerschlagung Österreich-Ungarns, sämtliche diesen Raum beherrschenden Großmächte ausgeschaltet und mit der Wiedererrichtung Polens, der Schaffung der baltischen Staaten und der Parzellierung der Donaumonarchie in eine Reihe sogenannter Nationalstaaten eine ganze Menge neuer Probleme geschaffen, deren Lösung die folgenden Jahre in Anspruch nehmen sollte, ohne daß sie völlig gelungen wäre.

Das Verschwinden der Osteuropa bisher bestimmenden Großmächte war umso entscheidender, als England sich nach Abschluß der Friedensverträge wieder auf seine Insel zurückzog und seine Armeen nach Kanada, Indien und Australien zurückkehrten.

Die USA haben nicht nur Europa verlassen, sie hielten sich auch vom Völkerbund fern und weigerten sich, die mit Frankreich und Großbritannien geschlossenen Bündnisverträge zu ratifizieren.

So verblieb Frankreich die Aufgabe, den Friedensverträgen Achtung zu verschaffen. Es mußte Verbündete zur Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Kontinent suchen und fand sie in jenen Staaten Ostmitteleuropas, denen

* Der vorstehende Text ist die gekürzte Wiedergabe eines Vortrags, der in der akademischen Feierstunde anlässlich des XX. Sudetendeutschen Tages am 26. Mai 1969 in Nürnberg gehalten wurde.

Im Hinblick auf den Vortragscharakter habe ich davon abgesehen, alle Einzelheiten mit Literaturangaben zu belegen. Das benützte Schrifttum ist in meinem Beitrag über die Geschichte der Tschechoslowakei im „Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder“, 4. Bd. 1969, sowie in meinem Artikel „Mitteleuropa“ im Staatslexikon, 6. Aufl., 5. Bd. 1960 verzeichnet.

es zur Unabhängigkeit verholfen hatte, in Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien. Mit ihrer Hilfe wollte es einen Damm errichten, der gleichermaßen gegen ein wiedererstarkendes Deutschland wie gegen das bolschewistische Rußland standhalten sollte.

Die Gefahr einer russischen Einmischung in mitteleuropäische Fragen schien freilich zunächst gering. Alle Ansätze, die Revolution über Rußlands Grenzen zu tragen, sind schon sehr bald gescheitert, im kommunistischen Ungarn Béla Kuns ebenso wie in Finnland, den baltischen Staaten, Polen, der Slowakei und auch in Deutschland, von dessen Arbeiterklasse Lenin eine führende Beteiligung an der Weltrevolution erwartet hatte.

Für die neue Situation in Ostmitteleuropa ist die Vielfalt von Klein- und Mittelstaaten charakteristisch, die ihre neuerworbene oder wiedergewonnene Souveränität mit besonderer Eifersucht hüteten. 5 Staaten waren durch Los-trennung vom Zarenreich entstanden, die Randstaaten Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen, in 5 Staaten hatte sich die Donaumonarchie aufgelöst.

Gemeinsam mit den Balkanstaaten bildeten sie jene Pufferzone zwischen Deutschland und Rußland, die man als Zwischeneuropa bezeichnet hat.

Die Verwirklichung des Nationalstaates, die Krönung aller nationalen Wunschträume des 19. Jahrhunderts verlieh ihnen einen Schwung, der alle Nöte und Schwierigkeiten der Nachkriegszeit in den Hintergrund treten ließ. Vor allem die neuen Hauptstädte — Warschau, Prag, Belgrad — erlebten einen großartigen Aufschwung. Zahllose Ministerien und sonstige oberste Staatsbehörden, Gesandtschaften und Konsulate, Hochschulen und Börsen entstanden, nationale Symbole — Flaggen, Wappen und Hymnen — wurden geschaffen, das nationale und kulturelle Leben der Staatsvölker erlebte eine Blüte.

Nicht nur die politischen, auch die wirtschaftlichen Schwerpunkte wurden verlagert. Es entstanden neue Währungen.

Der Einbruch des Nationalismus in die Wirtschaftspolitik führte dazu, daß die neuen Staatsgrenzen zu Zollmauern ausgestaltet wurden, die den Güter-austausch bald arg behindern sollten.

Das Autarkiestreben aller dieser Staaten führte zu einer Umstrukturierung der Wirtschaft, unbekümmert um die historisch gewachsenen Industriezentrren oder landwirtschaftlichen Schwerpunkte, die nun ihr Hinterland verloren haben. Auf der einen Seite wurden neue Industrien errichtet, auf der anderen schrumpfte und verkümmerte vorhandene Wirtschaftskapazität.

10 Jahre später hat die Weltwirtschaftskrise deshalb diesen Raum ungleich stärker erschüttert als andere Teile der Welt.

Die neu gezogenen Grenzen haben an zahlreichen Stellen das Siedlungsgebiet verschiedener Völker durchschnitten. Ein Paradoxon: Hatte man doch die Zerstörung Österreich-Ungarns, dieses „Völkerkerkers“, gerade deshalb gefordert und durchgeführt, um die hier zu einem Staatsverband zusammengeschlossenen Völker zu befreien und Nationalstaaten zu schaffen.

In Wirklichkeit wurde das Minderheitenproblem dadurch nicht gelöst, son-

dern vervielfacht. In allen Nachfolgestaaten wurden widerstrebende Minderheiten einem herrschenden Staatsvolk untergeordnet.

Alle Nachfolgestaaten haben das Nationalitätenproblem vom alten Österreich geerbt und sind daran gescheitert. Keinem ist es gelungen, die dem alten Österreich vorgeworfenen Fehler zu vermeiden.

Wohl hatte Wilson versucht, den Völkerbund zum Schützer des Rechtes dieser Minderheiten zu machen, der Völkerbund scheiterte aber am Widerstand der neuen Staatsgewalten, die ihren Souveränitätsanspruch mit leidenschaftlicher Ausschließlichkeit verteidigten.

Wenn sich trotz dieser Mängel vor allem die österreichischen Nachfolgestaaten als recht lebensfähig erwiesen, wenn sich der Übergang in die neuen Verhältnisse ohne allzu große Schwierigkeiten vollzog, so ist der Grund dafür weitgehend in der Kontinuität der Rechtsordnung und des Beamtenapparats zu suchen.

Während das von Masaryk geprägte Schlagwort von der notwendigen „Entösterreichung“ in fast allen Lebensbereichen in die Tat umgesetzt wurde, blieb die Rechtsordnung dieses alten Österreich — ohne daß dies in der Öffentlichkeit viel beachtet worden wäre — in allen Nachfolgestaaten zunächst unverändert bestehen und überdauerte hier vielfach die Zwischenkriegszeit.

Alle umfangreichen Gesetzbücher — allgemeines bürgerliches Gesetzbuch, Handelsgesetzbuch, Zivilprozeßordnung, Strafgesetzbuch, Strafprozeßordnung, Gewerbeordnung —, um nur die wichtigsten zu nennen, galten in der westlichen Staatshälfte der Tschechoslowakei ebenso weiter wie in den an Polen, Jugoslawien oder Rumänien gefallenem Gebietsteilen.

Nur einen Augenblick lang hat man 1918 in Prag daran gedacht, das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch gegen den Code civil, ja die ganze österreichische Rechtsordnung gegen die französische einzutauschen.

Rechtzeitig sah man die Unnatürlichkeit und Unsinnigkeit eines solchen Vorhabens ein und hat die überkommene österreichische Rechtsordnung in einer verständnisvollen Weise fortgeführt.

Der Entwurf eines tschechoslowakischen bürgerlichen Gesetzbuches z. B. ist nichts anderes als die Fortsetzung „mosaikartiger Korrekturen“ des österreichischen Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, verbunden mit einer Ausdehnung auf das ganze Staatsgebiet, d. h. auf die Slowakei und die Karpatenukraine, wo ungarisches Recht galt. Ähnlich verhielt es sich in Jugoslawien und Polen, wo österreichisches Recht vielfach über seinen ursprünglichen Geltungsbereich hinaus auf das ganze Staatsgebiet ausgedehnt wurde.

Aber nicht nur die Gesetze und Institutionen des alten Österreich in den Nachfolgestaaten bestanden weiter, es wirkten noch die Politiker und Beamten, Offiziere und Lehrer, Richter und Journalisten, die ihre Erziehung und Ausbildung in diesem Österreich erhalten hatten und deren Denken und Handeln durch diese gemeinsame Herkunft bestimmt und geformt war. Noch ein Menschenalter lang lief in den Nachfolgestaaten ein Uhrwerk ab, das im alten Österreich aufgezogen worden war.

Als erster hatte Beneš die Notwendigkeit erkannt, zur Auffüllung des Großmächte-Vakuums ein Bündnissystem der neuen Kleinstaaten zu schaffen. Schon 1919 hat er diese Idee — noch auf Pariser Boden — mit Trumbić, 1920 in Bukarest mit Take Jonescu besprochen.

„Eine absolut einigige Entente“ — hatte er König Carol von Rumänien gegenüber erklärt — „kann nicht Objekt der Politik werden, sie muß Großmacht werden und von niemandem abhängig.“ Und König Carol bestätigte: „Wir sind unabhängiger als eine Großmacht.“

Diesem Ideal ist die Kleine Entente — eine Bezeichnung, die übrigens von den Ungarn als Spottname geprägt worden war — niemals nahe gekommen. Über den Kreis der 3 Gründungsmitglieder — Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien — ist sie trotz aller Bemühungen Frankreichs, auch Polen einzubeziehen, nicht gelangt. Wirtschaftlich konnten sich die 3 Staaten keineswegs ergänzen, aber auch politisch und militärisch war der Zusammenhalt — trotz der später nach dem Vorbild des Völkerbunds geschaffenen ständigen Organe (Ständiger Rat, Sekretariat und Wirtschaftsrat) und der durch den neuen Organisationspakt vorgesehenen regelmäßigen Außenministerkonferenzen — nur recht locker. Erst 13 Jahre später fand die Kleine Entente eine Ergänzung in der Balkan-Entente, die Jugoslawien, Rumänien, Griechenland und die Türkei umfaßte. Befriedigt konnte Frankreichs Außenminister Barthou feststellen: „Eine Kette von Paktsystemen erstreckt sich von Prag bis Ankara.“

Sah die Kleine Entente ihre Hauptfunktion in der Niederhaltung Ungarns und in der Aufrechterhaltung und Verteidigung des Friedensvertrags von Trianon, so war es die Aufgabe der Balkan-Entente, revisionistische Pläne Bulgariens zu verhindern und dafür zu sorgen, daß die im Vertrag von Neuilly gezogenen Grenzen unangetastet blieben.

Eine Garantie der 1919 vorgenommenen Grenzziehung, wie sie 1925 in Locarno für die Westgrenze Deutschlands erfolgt ist, wurde für seine neue Ostgrenze nicht ausgesprochen, Deutschland hat den Anspruch auf Revision seiner Ostgrenze ausdrücklich aufrecht erhalten und nur auf eine militärische aggressive Lösung verzichtet. Polen und die Tschechoslowakei mußten sich mit der französischen Beistandszusicherung begnügen, Deutschland schloß mit ihnen lediglich Schiedsverträge ab.

So standen sich weiterhin Sieger und Besiegte des Ersten Weltkriegs gegenüber. Aber nicht nur die Narben der Besiegten wollten nicht heilen, auch die Sieger untereinander hatten strittige Fragen, deren Bereinigung nicht gelang: Jugoslawien und Italien waren mit der Grenzziehung in Fiume und Dalmatien unzufrieden, Polen stritt mit Litauen um Wilna, vor allem aber bildete das Teschener Schlesien einen Zankapfel zwischen der Tschechoslowakei und Polen und die Art, wie die Tschechoslowakei in einer äußerst kritischen Situation Polens — als die Rote Armee vor den Toren Warschaus stand — die Entscheidung zu ihren Gunsten erzwang, hatte, wie Polens Staatspräsident Paderewski erklärte, zwischen beiden Staaten einen tiefen Graben aufgerissen, der durch nichts wieder zugeschüttet werden konnte.

Die bescheidene Rolle, die die Kleine Entente und die Balkan-Entente spielten, sowie das Scheitern aller Pläne einer Donau-Föderation oder einer sonstigen supranationalen Ordnung Zwischeneuropas hat ihre Ursache offenbar in der damaligen Überzeugung der Kleinstaaten, einer engeren Zusammenarbeit oder gegenseitigen Anlehnung nicht zu bedürfen. Die neue Weltordnung, das System der kollektiven Sicherheit schien ihnen ausreichenden Schutz zu gewähren. Der Völkerbund, in dessen Versammlung alle Mitglieder — Großmächte wie Kleinstaaten — das gleiche Stimmrecht hatten, mußte nach ihrer Überzeugung jede Verletzung des Status quo ausschließen.

Man hielt die Zeit der Allianz-Politik, der Politik des europäischen Gleichgewichts, die Zeit, in der die Großmächte die Weltpolitik bestimmten, für endgültig überwunden.

Das beste Beispiel dafür bot die Tschechoslowakei, die, obwohl sie über keinerlei geschulte Diplomaten verfügte und ihr jede Tradition auf diesem Gebiet fehlte, in der internationalen Politik der ersten Nachkriegsjahre eine hervorragende Rolle spielte: Sechsmal war ihr Außenminister Beneš zum Ratsvorsitzenden des Völkerbunds gewählt worden und einmal zum Präsidenten der Versammlung, ein Rekord, den kein anderer Staatsmann, auch kein Vertreter einer Großmacht, erreichte.

Die Tschechoslowakei war wohl das charakteristischste Produkt der 1919 vorgenommenen Neuregelung Ostmitteleuropas, das Beispiel eines saturierten Staates, der das im ersten Ansturm in so reichem Maße Erlangte ängstlich zu bewahren und zu verteidigen suchte und dem jede Änderung des Status quo in Europa als tödliche Gefahr erscheinen mußte, die es mit allen Mitteln zu verhindern galt.

Die Inkarnation dieses außenpolitischen Konzepts ist Beneš, der es begründet und durch 2 Jahrzehnte konsequent durchgesetzt hat. Es war seine Überzeugung, damit gleichermaßen den Interessen der Tschechoslowakei wie Europas gedient zu haben.

Ganz anders hat ein anderer zeitgenössischer, gleichfalls dem böhmisch-mährischen Raum entstammender Politiker die durch die Pariser Vorortverträge geschaffene Situation beurteilt, Österreichs Bundeskanzler Karl Renner. Nachdem er am 10. September 1919 im Großen Saal des Schlosses von Saint Germain-en-Laye den Friedensvertrag unterzeichnet hatte, sagte er zu dem neben ihm stehenden Abgeordneten Gürtler: „Daraus wird einmal der nächste Weltkrieg entstehen.“

* * *

Die Ära zwischen den beiden Weltkriegen zerfällt in zwei unterschiedlich lange Abschnitte. „Der erste dieser Abschnitte“ — so stellt der sowjetische Diplomat und Historiker Ivan Maisky fest — „dauerte 14 Jahre, von 1919 bis 1932. Es war die Periode des Versailler Europa, als die Siegermächte des 1. Weltkrieges geboten, während Deutschland, in die Versailler Ketten geschlagen, ein unterworfenes Land war.“

Dieses „Versailler Europa“ ist im zweiten Abschnitt zerbröckelt, die kol-

lektive Sicherheit wich — nach den Worten des jugoslawischen Außenministers Stojadinović — einer kollektiven Unsicherheit.

Das Wiedererstarken Deutschlands und Rußlands — die schon seit dem Rapallo-Vertrag korrekte Beziehungen miteinander unterhielten — führte zu einer Verlagerung der Gewichte auch im ostmitteleuropäischen Raum.

Ausschlaggebend war zunächst die Rolle Polens, das am 26. 1. 1934 einen Konsultativ- und Freundschaftsvertrag mit dem nationalsozialistischen Deutschland schloß und sich damit gegen die Sowjetunion entschied. Marschall Rydz-Smigly hat die Alternative, vor die sich Polen gestellt sah, so ausgedrückt: „Mit den Deutschen riskieren wir, unsere Freiheit zu verlieren, mit den Russen verlieren wir unsere Seele.“

Der Vertrag sollte für 10 Jahre einen bewaffneten Zusammenstoß zwischen beiden Mächten ausschließen und den polnischen Korridor vor einem Gewaltstreich schützen. Obwohl Polen erklärte, daß dieser Vertrag keinen Widerspruch zum französisch-polnischen Bündnis aus dem Jahre 1921 darstelle, ist dadurch doch die bisherige Hauptstütze Frankreichs in Osteuropa und damit das gesamte französische Sicherheitssystem brüchig geworden. So mußte auch — 3 Monate später — Barthous Plan eines „Ost-Locarno“, der den Beitritt Polens zur Kleinen Entente und eine Sicherheitsgarantie Polens durch die Sowjetunion vorsah, scheitern.

Hitlers Geheimverhandlungen mit Beneš, die hinter dem Rücken des Reichsaußenministers geführt wurden und ein ähnliches Ziel verfolgten, blieben ergebnislos.

Die nächsten Staaten, die Deutschland für sich zu gewinnen und durch Wirtschaftsverträge an sich zu binden verstand, waren Ungarn und Jugoslawien.

Es war naheliegend, daß Ungarn, das den Verlust zweier Drittel seines Staatsgebietes und seiner Bewohner durch den Trianoner Vertrag noch nicht verschmerzt hatte und ihm seine „tria non“, sein „nem, nem, soha“ entgegenhielt, in den Sog des expandierenden Deutschland geraten mußte, das für seine revisionistischen Bestrebungen Interesse zeigte. Der erste Regierungschef eines ausländischen Staates, den Hitler empfing, war Ungarns Ministerpräsident Gömbös, und das erste ausländische Staatsoberhaupt, das Hitler besuchte, war Horthy (22. 8. 1936), der aus diesem Anlaß, erstmals seitdem er Reichsverweser war, ungarisches Staatsgebiet verließ.

Daß es Deutschland gelang, auch Jugoslawien auf seine Seite zu bringen, beweist, wie sehr sich die Lage seit 1918 geändert hatte: Der Sprung im jugoslawisch-französischen Verhältnis wurde immer deutlicher sichtbar. Das Schwinden des Vertrauens zum Völkerbund fand seinen sichtbaren Ausdruck darin, daß Außenminister Stojadinović sich nie nach Genf begab.

Durch ein bilaterales Abkommen und die Anbahnung einer Zollunion mit Bulgarien schwächte es den Balkanpakt, führte Bulgarien aus seiner Isolierung heraus und schuf die Voraussetzungen für eine Revision des Vertrags von Neuilly.

„In Europa begann ein anderer Wind zu wehen“ — schreibt Stojadinović

in seinen Memoiren —, „aber Jeftić hat das nicht bemerkt und lebte weiterhin unter dem Einfluß der Ergebnisse des 1. Weltkriegs.“ So wird für Jugoslawien das Lavieren zwischen zwei Großmächten charakteristisch; nach Polen wird es zum schwächsten Glied im französischen Sicherheitssystem.

Von diesen Machtverschiebungen mußte auch die Kleine Entente in Mitleidenschaft gezogen werden. Ihr jetzt immer deutlicher in die Augen springender Mangel bestand darin, daß weder Jugoslawien noch Rumänien verpflichtet waren, Frankreich oder der Tschechoslowakei im Falle eines Konfliktes mit Deutschland zu Hilfe zu kommen. Nur wenn Ungarn an der Seite Deutschlands die Tschechoslowakei angegriffen hätte, wären die Verträge praktisch geworden.

Als Beneš 1936 die Umgestaltung zu einem Universalpakt gegen jeden Angreifer und den Abschluß von Beistandspakten Jugoslawiens und Rumäniens mit Frankreich vorschlug, stieß er auf Ablehnung.

Jugoslawien wollte die Kleine Entente auf ihre traditionelle Aufgabe, die Niederhaltung Ungarns und die Verhütung einer Rückkehr der Habsburger, beschränkt wissen und auch Rumänien schloß sich der Belgrader Auffassung an. Hier hatte vor allem das Ausscheiden Titulescus vom Posten eines Außenministers 1936 zu einer Abkühlung der Beziehungen zur Kleinen Entente und zu einem stärkeren Hinneigen zu Polen geführt. Als Frankreichs Außenminister Delbos im Dezember 1937 Bukarest besuchte, um Rumäniens Beitritt zum französisch-tschechoslowakischen Bündnis zu besprechen, zeigte Rumänien kein Verlangen, sich mit einem Staat zu verbinden, der seinerseits mit der Sowjetunion verbündet war.

Einen neuen Akzent in das ostmitteleuropäische Bündnissystem brachten die *Römischen Protokolle* vom 17. März 1934 — sechs Wochen nach Abschluß des Balkanpaktes —, die eine Koordinierung der Interessen Italiens, Österreichs und Ungarns zum Ziel hatten.

Die Kleine Entente zeigte sich über diese „italienische“ Lösung der österreichischen Frage wenig erfreut, nachdem sie 2 Jahre vorher die „deutsche“ Lösung — den Zollunionsplan von Curtius und Schober — verhindert und die habsburgische Lösung für indiskutabel erklärt hatte. Vier Tage nach der Unterzeichnung der Römischen Protokolle empfahl Beneš eine „europäische“ Lösung des österreichischen Problems, wie er die Einbeziehung Österreichs in die Kleine Entente nannte.

Einen Versuch, zwischen den Staaten der Römischen Protokolle und der Kleinen Entente eine Brücke zu schlagen und insbesondere eine stärkere wirtschaftliche Verflechtung der Donaustaaten herbeizuführen, stellt der *Hodža-Plan* dar, der Plan des ersten slowakischen Ministerpräsidenten der Tschechoslowakei, zu dessen Verwirklichung es freilich schon zu spät war, ähnlich wie für den Plan eines „Dritten Europa“ von der Ostsee bis zum Mittelmeer des polnischen Außenministers Oberst Jozef Beck.

Die Frontlinien im Donaoraum gerieten zusehends in Bewegung.

Auf das System der kollektiven Sicherheit fielen die Schatten der Achse Rom—Berlin, deren Bestehen Mussolini am 1. November 1936 verkündete

und die Frankreichs Bündnis mit der Sowjetunion zu durchkreuzen versuchte. Italiens konformes Vorgehen mit Deutschland mußte umso deutlicher auffallen, als beide Staaten bis 1936 im Donaauraum eine in vielen Fragen unterschiedliche, ja geradezu entgegengesetzte Politik verfolgt hatten.

Und immer stärker gewann England sein Interesse an Fragen des europäischen Kontinents zurück. Es hatte in Locarno Frankreichs Sicherheit garantiert, aber es verpflichtete sich nicht, Frankreichs Mitteleuropa-Politik zu unterstützen oder bei der Aufrechterhaltung seiner Hegemoniestellung über die Kleinstaaten Zwischeneuropas mitzuhelfen. Es wollte keine neue Einkreisung Deutschlands, was es anstrebte war, Schiedsrichter zwischen Frankreich und Deutschland zu werden.

Nicht mehr die Kleine Entente und die Balkan-Entente sind die beherrschenden Kräfte des östlichen Mitteleuropa. Eine Aufteilung Europas in Blöcke zeichnet sich ab, ein Tauziehen um die Beherrschung der Kleinstaaten durch die Großmächte setzt ein. Nicht mehr „Status quo“, sondern „Peaceful Change“ war das aktuelle Schlagwort jener Tage.

Frankreich hat seine Idee eines Cordon sanitaire gegenüber Rußland aufgegeben und 1935 die Sowjetunion in das System seiner Bündnispolitik einbezogen, obwohl es jetzt gefährlicher erscheinen mußte als eineinhalb Jahrzehnte zuvor.

Nur ein Staat war Frankreich auf diesem Wege gefolgt, die Tschechoslowakei. Hier war erst 1934 die de-jure-Anerkennung der Sowjetunion erfolgt, verbunden mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten. Als damaliger Vorsitzender des Völkerbundesrates war Beneš im gleichen Jahr entscheidend an der Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund beteiligt.

2 Wochen nach dem französisch-sowjetischen Paktabschluß kam es zum Abschluß eines sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrags über gegenseitige Hilfeleistung, in dem sich beide Staaten Unterstützung gegen jeden unprovokierten Angriff zusichern, sofern Frankreich dem Angegriffenen Hilfe leistet.

Nichts konnte die damalige Situation besser charakterisieren als der Ausspruch des französischen Außenministers Delbos, als er im Dezember 1937 unverrichteter Dinge Warschau, Bukarest und Belgrad verlassen mußte und sich Prag näherte: „Endlich werden wir jetzt zu wirklichen Freunden kommen!“

In Prag war Beneš, der unentwegte Verfechter des tschechoslowakisch-französischen Bündnisses, als Außenminister abgelöst worden, aber nur, um zu einer höheren Funktion aufzusteigen.

Auch als Staatspräsident blieb er sein eigener Außenminister und hielt unentwegt an dem 1918 unter seiner maßgebenden Mitwirkung zustande gekommenen französischen Sicherheitssystem fest: „Unsere intime, treue und konsequente, alle politischen Bereiche umfassende Zusammenarbeit, Freundschaft und Allianz mit der großen demokratischen Republik Frankreich ist und bleibt die Grundlage unserer Außenpolitik, mögen sich die europäischen Verhältnisse wie immer gestalten.“

In England, wo man vielleicht zu kolonialen Rückerstattungen an Deutschland bereit gewesen wäre, um einerseits Deutschland entgegenzukommen, andererseits den europäischen Status quo nicht zu beeinträchtigen, brachte man für das französisch-sowjetische Bündnis wenig Verständnis auf. Auch wer den russischen Kommunismus für annehmbarer hielt als den deutschen Nationalsozialismus, betrachtete den Nationalsozialismus als eine auf Deutschland beschränkte, nicht für den Export bestimmte Idee, während der Kommunismus nach seinem eigenen Bekenntnis eine internationale Bewegung, sein Ziel die Weltrevolution war.

An diesen Überlegungen scheiterte damals die Große Allianz, die englisch-französisch-sowjetische Einheitsfront, die Churchill forderte. Diese anti-kommunistische Haltung, verbunden mit dem Unbehagen über die in Versailles geschaffene Ordnung und der Vorstellung von einem neuen, durch das Vier-Mächte-System England-Frankreich-Deutschland-Italien hergestellten europäischen Gleichgewicht sind die Wurzeln der englischen Befriedungspolitik („appeasement policy“) jener Tage.

Am 27. Februar 1936 hatte das französische Parlament den Moskau-Pakt ratifiziert. 10 Tage später ließ Hitler die demilitarisierte Rheinland-Zone besetzen, womit er den Locarno-Pakt ebenso wie den Versailler Vertrag verletzte, und erprobte damit die Festigkeit dieses Bündnisses. Die Kleinstaaten im Osten Europas hatten wieder eine Lehre erhalten.

„Wenn Frankreich und England am Rhein nichts für sich tun, so wäre es unsinnig zu glauben, daß sie für irgend jemanden in Mitteleuropa etwas tun werden . . . Wenn Frankreich nichts für sich ohne England tut, wird es sicherlich nichts ohne England für Österreich, nichts für die Tschechoslowakei, nichts für Jugoslawien tun“, hat damals der Gesandte Purić, Jugoslawiens Vertreter beim Völkerbund, zu seinem tschechoslowakischen Kollegen Osuský gesagt und hinzugefügt: „Es wäre verantwortungslos, wenn wir uns dessen nicht bewußt wären und nicht danach handelten.“

Immer größer wurde die Abhängigkeit der Kleinstaaten.

Die Achse Rom-Berlin schnitt Mitteleuropa von Westeuropa ab, der aus Polen und Rumänien bestehende Cordon sanitair stellte — jetzt durchaus gegen den Willen Frankreichs — einen diplomatischen und militärischen Schutzwall gegen die Sowjetunion dar und machte ihr ein Eingreifen in mitteleuropäische Angelegenheiten unmöglich.

Hier endet die Geschichte des Versailler Europa. Die Tragödie der alleingelassenen, schwachen Kleinstaaten nimmt ihren Lauf: 1938 gliedert sich Deutschland Österreich und das Sudetenland, Italien Albanien an, 1939 folgt die Zerschlagung der Rest-Tschechoslowakei und Polens durch Deutschland, 1940 die Okkupation der baltischen Staaten durch die Sowjetunion. Es war nur der Ablauf der Ereignisse, für den die Weichen zwischen 1933 und 1936 gestellt worden waren.

* * *

Auf die Frage der Neuordnung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg hatten sich die Alliierten wesentlich gründlicher vorbereitet, als während des Ersten Weltkriegs.

Das Außenministerium der USA hatte schon vor dem Kriegseintritt den Plan einer Gliederung Europas in regionale Gruppen — Iberische Halbinsel, Gruppe Oslo usw. — ausgearbeitet, um eine neuerliche Aufsplitterung in Klein- und Kleinststaaten zu verhindern, die nach dem Ersten Weltkrieg dazu geführt hatte, die Begehrlichkeit der Nachbarn zu wecken.

Der amerikanische Plan sah für Ostmitteleuropa eine Gruppe der Donaufürstentümer (Böhmen-Mähren, Slowakei, Ungarn und Jugoslawien) und der Balkanstaaten (Rumänien, Bulgarien und Griechenland) vor. 1940 erklärte Roosevelt dem ungarischen Politiker Tibor Eckhart, gegenüber einer Wiederherstellung der Versailler Lösung bevorzuge er eine Föderation unter den Habsburgern.

Ähnlich war die Auffassung Englands. Churchill, der den Zerfall Österreich-Ungarns für eine Tragödie hielt, weil keiner der Nachfolgestaaten genügend Lebenskraft hatte, um sich dem Druck des wiedererstarkten Deutschland und Rußland zu widersetzen, trat für die Schaffung von Föderationen ein. Sein Plan der Verwirklichung des europäischen Gleichgewichts sah die Gliederung Europas in 12 Staaten oder Staatengruppen vor, darunter eine Donaukonferenz und eine Balkankonferenz. Sitz dieser Donaukonferenz sollte Wien werden, Bayern war als Bestandteil dieser Konföderation gedacht.

In einer Föderalisierung Ostmittel- und Südosteuropas erblickte man damals allgemein die Ideallösung aller Probleme dieses Raums, der sich schon so oft als Gefahrenherd erwiesen hatte. „Mit dem Programm einer Donauföderation werdet ihr nicht nur Sympathie im Ausland erwerben, sondern auch bei uns daheim“, ließ Kamil Krofta, der tschechoslowakische Außenminister während der Münchener Krise, 1939 — noch vor Kriegsausbruch — den Repräsentanten des tschechoslowakischen Exils mitteilen.

Im Mittelpunkt des Interesses Englands und der USA stand die künftige Gestaltung Polens, dem man das Schicksal einer nochmaligen Teilung, wie sie zuletzt zwischen Deutschland und der Sowjetunion erfolgt war, ersparen wollte.

Das Interesse an einer Wiederherstellung der Tschechoslowakei war demgegenüber gering.

Beneš, der die allgemeine Vorliebe für eine Föderalisierung Europas — im Gegensatz zu der nach dem Ersten Weltkrieg vorgenommenen „Balkanisierung“ — rasch spürte, zögerte nicht, sich dem amerikanischen Unterstaatssekretär Wells gegenüber als der Mann vorzustellen, der 17 Jahre lang Vorkämpfer eines föderalistischen Donauraums — der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Rumäniens, Österreichs und Ungarns — gewesen sei.

Das Interesse der Westmächte an Polen veranlaßte ihn zur Entwicklung eines polnisch-tschechoslowakischen Föderationsplans. Die Verhandlungen zogen sich monatelang hin, vor allem gelang keine Einigung über das Teschener Gebiet, da Beneš für die Tschechoslowakei das Staatsgebiet von 1937 beanspruchte, während Sikorski auf Anerkennung des Münchener Abkom-

mens beharrte, zumal England die polnische Westgrenze 1939 in dieser Form garantiert hatte.

Solange die Sowjetunion durch die deutsche Wehrmacht in ihrer Existenz bedroht war, strebte sie Übereinkommen mit allen gegen Hitler kämpfenden Staaten an. Nach der Winterschlacht von Moskau, die den Blitzkrieg beendete, begann sie, ihre eigenen Forderungen nach Neugestaltung ihrer Westgrenzen zu betonen.

Ein völliger Umschwung trat nach der Schlacht von Stalingrad im Sommer 1943 ein. Jetzt ergriff die Sowjetunion die Initiative bei der Neugestaltung Ostmitteleuropas. Sie verhinderte den polnisch-tschechoslowakischen Föderationsplan und überhaupt alle von England inspirierten Föderationspläne, die ja durchwegs ein Janus-Gesicht aufwiesen: als Schutzwall gegen Deutschland aufgerichtet, aber gleichzeitig als cordon sanitair gegen die Sowjetunion verwendbar.

Ziel der Sowjetunion war die Wiederherstellung der vollen Souveränität aller von Deutschland unterworfenen Staaten Ostmitteleuropas, soweit sie sich diese nicht wieder einverleibte, wie die drei baltischen Staaten, weite Gebiete Finnlands, Polens und Rumäniens. Diese Ansicht setzte sie auf der Moskauer Konferenz im Oktober 1943 durch.

In einem einzigen Falle erfolgte 1945 eine Regelung, die in der gleichen Weise motiviert wurde wie die 1938 in München getroffenen Grenzziehungen, mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker bis zur Lostrennung: Als die Rote Armee auf ihrem Vormarsch durch die Tschechoslowakei ihren östlichsten Teil, die Karpatenukraine, besetzt hatte, wurde der Anschluß dieses Gebiets an die Sowjetunion verlangt und mit dem Wunsch des überwältigenden Teils der Bevölkerung begründet, mit ihren Volksgenossen in der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik vereinigt zu werden.

Alle übrigen Grenzen in Ost- und Südosteuropa wurden — wenn wir von den 3 Dörfern absehen, die Ungarn am Preßburger Brückenkopf noch zusätzlich an die Tschechoslowakei abtreten mußte — in der gleichen Form wiederhergestellt, wie sie 1919 durch die Pariser Vororteverträge festgelegt worden waren.

Der Kreis war geschlossen, die Situation, wie sie 1919 geschaffen worden war, war wiederhergestellt, wiederhergestellt in allen Äußerlichkeiten.

Die Strukturen, die sich dahinter verbargen, waren freilich völlig andere. Weder hatten sich die USA und England nach dem Sieg wieder vom europäischen Festland zurückgezogen, noch war Rußland von der Beteiligung an der Lösung der mitteleuropäischen Fragen ausgeschlossen, im Gegenteil, in seine Interessensphäre fielen jetzt nicht nur Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und die Tschechoslowakei, sondern auch die östliche Hälfte Deutschlands und ein Viertel Österreichs. Nur Österreich gelang es nach zehnjährigem Bemühen um den Staatsvertrag, sich aus diesem Bereich herauszulösen.

Vor allem wird man nicht vergessen dürfen, daß die wiederhergestellten Grenzen nicht mehr die gleichen Völker umschließen wie 1919, als sie zum erstenmal gezogen wurden: Millionen von Menschen wurden aus ihrer Heimat innerhalb dieser Grenzen vertrieben, nicht nur die Deutschen Polens,

der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Ungarns, vielfach auch die Madjaren aus der Tschechoslowakei.

Heute bilden die Staaten Ostmitteleuropas ein „sozialistisches Lager“, einen sozialistischen Block, und zwar — wie die Ereignisse in Ungarn 1956 und in der Tschechoslowakei 1968 gezeigt haben — einen sehr festen Block, aus dem das Ausscheiden eines Mitgliedes unmöglich geworden ist.

Ein Lavieren der einzelnen Staaten zwischen den verschiedenen Mächteblöcken, wie es etwa die Tschechoslowakei noch zwischen 1945 und 1948 versucht hat, als sie die Marshallplanhilfe in Anspruch nehmen wollte, ist heute nicht mehr denkbar.

Das völkerrechtliche Bündnissystem wird nicht nur durch eine enge wirtschaftliche Verflechtung — den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe — und militärische Beistandsverträge — den Warschauer Pakt — ergänzt, der wesentlichste einigende Faktor dieser Staatengruppe ist die soziale Heilslehre des Kommunismus, eine dem sowjetischen Vorbild völlig angeglicheene Gesellschaftsordnung, die auf die Vergesellschaftung der Produktionsmittel beruht. Sie läßt heute Osteuropa als einen homogenen, wirtschaftlich und gesellschaftlich einheitlich Block erscheinen. Zwischeneuropa ist vom Osten aufgesogen.

Die Kleinstaaten Ostmitteleuropas, die die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg ungenützt gelassen hatten, sich zusammenzuschließen und ein „Drittes Europa“ zu bilden, hatten sich ihrer Einverleibung in die sowjetische Sphäre ebensowenig entziehen können, wie ein paar Jahre vorher ihrer Einbeziehung in den Machtbereich des Großdeutschen Reichs.

Wem kämen nicht Palackýs 1848 ausgesprochene prophetische Worte in den Sinn: „Denken Sie sich Österreich in eine Menge Republiken und Republikchen aufgelöst — Welch ein willkommener Grundbau zur russischen Universalmonarchie.“

Der Übergang gegenüber dem Westen ist nicht mehr fließend, sondern wird durch eine messerscharf gezogene Grenze gebildet und — nach den Worten Winston Churchills — durch den Eisernen Vorhang geschützt.

Aber auch die heutige Lösung des ostmitteleuropäischen Problems hat — wie die Entwicklung in den letzten Monaten gezeigt hat — merklich an Leuchtkraft eingebüßt. Der einst monolithische Block weist Risse und Sprünge auf.

Nicht nur die Schlagworte Nationalstaat, Souveränität und Autarkie — die die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg beherrschten — haben ihre faszinierende Wirkung verloren, ebenso verblaßt sind hier die nach dem Zweiten Weltkrieg herrschenden Tendenzen: Sozialisierung aller Produktionsmittel, proletarischer Internationalismus, demokratischer Zentralismus oder sozialistischer Realismus.

Auch die Drohungen mit dem Kapitalismus, Revanchismus oder bourgeoisen Nationalismus haben ihre Wirkung als Schreckgespenst eingebüßt. Unvoreingenommen und unbefangen, aufnahmebereit für echte Werte, durchaus kritisch gegenüber den vom Westen angebotenen Ideen sucht die heutige Generation — ähnlich wie 1918 ihre Großväter, 1945 ihre Väter — nach neuen, haltbareren Lösungen.